



# Amtsblatt

## für den Regierungsbezirk Detmold

Herausgeber: Bezirksregierung Detmold

208. Jahrgang

Detmold, den 10. Juli 2023

Nummer 28

### INHALTSVERZEICHNIS

#### **B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung**

180 Hochwasserschutz; hier: Berichtigung zum Amtsblatt Nr. 16, S.185

181 Wasserwirtschaft; hier: Allgemeinverfügung zur Untersagung von Wasserentnahmen aus der Lippe auf dem Gebiet des Kreises Paderborn, S.185

#### **C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen**

182 Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung, S.188

183 Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung, S.188

184 Landesverband Lippe; hier: Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2023, S.188

185 Westfalen Tarif GmbH, hier: Änderung des Westfalen Tarifs zum 01.08.2023, S.191

186-189 Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde, S.191

### Beilage zu Ziffer 180: Karte Überschwemmungsgebiet Bückeburger Aue

#### **B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung**

**180**

**Hochwasserschutz;**

**hier: Berichtigung zum Amtsblatt Nr. 16**

Bezirksregierung Detmold

Az.: 54.07.05.40-472

Minden, den 20. Juni 2023

Im Amtsblatt Nr. 16 vom 17. April 2023 lfd. Nr. 117 zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets Bückeburger Aue wurde in der Anlage eine fehlerhafte Übersichtskarte abgebildet. Bei dieser Karte wurden die Überschwemmungsgebietsumrisse nicht dargestellt. Durch die Veröffentlichung der hier beigefügten Karte wird die ursprüngliche Karte ausgetauscht.

Bezirksregierung Detmold

In Vertretung

gez. Uhlich

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.185

**181**

**Wasserwirtschaft;**

**hier: Allgemeinverfügung zur Untersagung von Wasserentnahmen aus der Lippe auf dem Gebiet des Kreises Paderborn**

Bezirksregierung Detmold

Az.: 54.01.19-005/2023-002

Detmold, den 10. Juli 2023

Die Bezirksregierung Detmold erlässt als obere Wasserbehörde auf der Grundlage des §100 Abs. 1 S. 1, 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i.V.m. § 93 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Landeswassergesetz (LWG NRW) i.V.m. § 25 WHG i.V.m. § 20 LWG NRW i.V.m. § 26 WHG i.V.m. § 21 LWG NRW i.V.m. § 35 S. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW (VwVfG NRW), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, für das Gebiet des Kreises Paderborn folgende

#### **Allgemeinverfügung:**

1. Der erlaubnisfreie Gemein-, Eigentümer- und Anliegergebrauch oberirdischer Gewässer wird wie folgt beschränkt:

Die Entnahme von Wasser mittels mechanischen oder elektrischen Pump- und/oder Saugvorrichtungen oder fahrbaren Behältnisse aus der Lippe auf dem Gebiet des Kreises Paderborn wird untersagt. Ausgenommen sind das Tränken von Vieh und das Schöpfen mit Handgefäßen.

2. Die sofortige Vollziehung der Nr. 1 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

3. Diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 41 Abs. 3 und Abs. 4 VwVfG NRW öffentlich bekannt gemacht und gilt am auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekanntgegeben.

Die Allgemeinverfügung tritt mit Ablauf des 30. September 2023 außer Kraft.

Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der Aufhebung oder Änderung dieser

Verfügung vor dem 30. September 2023.

### **Begründung:**

#### **Zu 1 und 3:**

Aufgrund der teilweise weit unterdurchschnittlichen Niederschlagsmengen in den vergangenen Monaten sowie der seit Monaten anhaltenden Bodentrockenheit, haben sich in der Lippe im Kreis Paderborn sehr niedrige Wasserstände eingestellt. Das für Fische, Kleinstlebewesen und Pflanzen lebensnotwendige Wasserdargebot (Wassermenge, Wassertiefe, Wasserqualität) ist daher nicht mehr flächendeckend gewährleistet und es besteht die Gefahr, dass die Gewässerbiozönose nachhaltig gestört wird.

Die Entnahme von Wasser aus der Lippe mittels mechanischen oder elektrischen Pump- und/oder Saugvorrichtungen oder fahrbarer Behältnisse verstärkt diese Gefahr erheblich.

Da der Niederschlag überwiegend von der Vegetation aufgenommen wird und nicht zum Abfluss kommt bzw. nur sehr kurzfristig zu einer Erhöhung des Abflusses in den Gewässern führt, ist mit großer Sicherheit zu erwarten, dass die Pegelstände der Lippe weiter niedrig bleiben oder sinken werden. Eine signifikante Änderung dieser Situation ist derzeit nicht absehbar. Dieses gilt selbst dann, wenn an den einzelnen Entnahmestellen noch eine ausreichende Wasserführung beobachtbar sein sollte. Die geringen Abflussmengen gefährden den Wasserhaushalt in Menge und Güte sowie die Pflanzen- und Tiergemeinschaften der Lippe. Bei anhaltenden niedrigen Wasserständen oder einem weiteren Absinken des Wasserstandes ist eine weitere Verschlechterung des ökologischen und chemischen Gewässerzustands und somit eine nachhaltige Schädigung des Gewässerökosystems zu erwarten. Somit ist die für die Zielerreichung des § 6 Abs. 1 WHG und der §§ 27 bis 31 WHG erforderliche Abflussmenge gefährdet. Die Entnahme von Wasser aus der Lippe verstärkt diese Gefahr zusätzlich.

Ermächtigungsgrundlage für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sind § 100 Abs. 1

S. 1, 2 WHG i.V.m. § 93 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 LWG NRW i.V.m. § 25 WHG i.V.m. § 20

LWG NRW i.V.m. § 26 WHG i.V.m. § 21 LWG NRW i.V.m. § 35 S. 2 VwVfG NRW.

Gemäß § 100 Abs. 1 S. 1 WHG ist es Aufgabe der Gewässeraufsicht, Gewässer sowie die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu überwachen, die nach oder auf Grund von Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes, nach auf dem Wasserhaushaltsgesetz gestützten Rechtsverordnungen oder nach landesrechtlichen Vorschriften bestehen. Sie

ordnet nach pflichtgemäßem Ermessen die Maßnahmen an, die im Einzelfall notwendig sind, um Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu vermeiden oder zu beseitigen (§ 100 Abs. 1 S. 2 WHG).

Die Zuständigkeit der Oberen Wasserbehörde ergibt sich aus §§ 100 Abs. 1 S. 2 WHG, §§ 93 Abs. 1, 114 Abs. 2 und 115 LWG NRW i. V. m. den Ziffern 20.1.49, 22.1.6,

22.1.7 und 22.1.58.1 aus Anhang 2 der Anlage zur Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU).

Die zuständige Behörde kann den erlaubnisfreien Gemeingebrauch oberirdischer Gewässer gern. § 25 WHG i.V.m. § 19 Abs. 1 S. 1 LWG NRW nach § 20 LWG NRW beschränken oder verbieten, um zu verhindern, dass andere beeinträchtigt, schädliche Gewässerveränderungen zu besorgen sind oder die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt wird, an oberirdischen Gewässern regeln.

Weiter kann die zuständige Behörde den erlaubnisfreien Eigentümer- und Anliegergebrauch oberirdischer Gewässer gern. § 26 WHG nach § 21 LWG NRW durch Verwaltungsakt regeln und beschränken, um zu verhindern, dass andere beeinträchtigt werden, schädliche Gewässerveränderungen zu besorgen sind oder die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt wird.

Vorliegend sind die wasserrechtlichen Voraussetzungen aufgrund der oben angeführten tatsächlichen Gegebenheiten für die Entnahme von Wasser mittels mechanischer oder elektrischer Pumpvorrichtungen oder fahrbarer Behältnisse aus der Lippe im Rahmen des erlaubnisfreien Gemein-, Eigentümer- und Anliegergebrauchs nicht mehr gegeben.

Die Verfügung wird zunächst bis zum 30.09.2023 beschränkt. Aufgrund der beendeten Vegetationsperiode, einer geringeren Verdunstungsrate aufgrund niedrigerer Temperaturen und im Normalfall erhöhter Niederschläge ab September, wird die Lippe dann voraussichtlich wieder ausreichend Wasser führen. Die obere Wasserbehörde wird fortlaufend prüfen, ob eine Aufhebung oder Änderung dieser Allgemeinverfügung vor dem 30.09.2023 geboten ist.

Aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der Ordnung des Wasserhaushalts und des Schutzes der Natur ist eine Beschränkung des Gemeingebrauchs sowie Eigentümer- und Anliegergebrauchs notwendig. Die mit dieser Allgemeinverfügung angeordnete Einschränkung des Gemeingebrauchs, des Eigentümer- und Anliegergebrauchs ist geeignet, die Lippe vor weiteren Störungen durch eine Verringerung der Wasserführung zu schützen und eine Verschlechterung der durch die langanhaltende Trockenheit kritischen Gewässerzustände zu vermeiden und damit die Tier- und Pflanzenwelt der Lippe vor Schaden zu bewahren. Die Untersagung bezweckt ferner, vorsorglich die Lebensgrundlage Wasser sowie gewässerökologische Belange zu schützen und zu erhalten. Sie ist ein geeignetes Mit-

tel zur Absicherung der ökologischen, wassermengen- und wassergütwirtschaftlichen Anforderungen. Ein milderes Mittel zur Erreichung des angestrebten Gewässerschutzes ist nicht ersichtlich. Insbesondere die Anordnung der Dauer dieser Allgemeinverfügung nebst der Möglichkeit der vorherigen Aufhebung der Allgemeinverfügung stellen sicher, dass nur der notwendige Zeitraum beschränkt wird. Das wirtschaftliche oder persönliche Interesse der Anlieger, Hinterlieger und anderer Gewässernutzer an einer, im Rahmen der Gesetze zulässigen, unbeschränkten Gewässerbenutzung, haben in diesem Fall hinter dem öffentlichen Interesse an der ökologischen Funktionsfähigkeit der Lippe und dem dadurch erreichten Schutz der Natur zurückzustehen. Ohnehin ist der Gemeingebrauch durch den Gesetzgeber nur soweit zugelassen worden, dass schädliche Gewässerveränderungen nicht zu erwarten sind (§ 19 Abs. 1 S. 1 LWG NRW), der Eigentümer- und Anliegergebrauch soweit keine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit, kein wesentliche Verminderung der Wasserführung sowie keine andere Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes zu erwarten sind (§ 26 Abs. 1 S. 1 WHG). Die angeordnete Maßnahme steht damit in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg. Gemäß § 43 Satz 1 VwVfG wird ein Verwaltungsakt gegenüber demjenigen, für den er bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, in dem Zeitpunkt wirksam, indem er ihm bekannt gegeben wird. Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG gilt ein Verwaltungsakt zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In einer Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Aufgrund der Dringlichkeit der Entscheidung wird bestimmt, dass die Allgemeinverfügung am Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt und wirksam wird. Die Einhaltung einer Frist von zwei Wochen würde dem Zweck zuwiderlaufen, einen effektiven Schutz der Gewässerökosysteme zu gewährleisten. Die Anordnung der Wirksamkeit der Allgemeinverfügung am Tag nach der Bekanntgabe ist daher geeignet, erforderlich und auch in Abwägung mit betroffenen privaten Interessen angemessen.

#### **Zu 2:**

Eine Klage gegen die Nr. 1 und Nr. 2 dieser Allgemeinverfügung hat durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung gern. § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) keine aufschiebende Wirkung. Das bedeutet, dass selbst bei fristgerechter Einreichung der Klage die unter Nr. 1 und Nr. 2 genannten Regelungen befolgt werden müssen. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung liegt im öffentlichen Interesse im Sinne des § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO. Es ist nicht vertretbar, dass durch die Einlegung von Rechtsmitteln bestehende Wasserentnahmen an der Lippe fortgesetzt werden können und

dadurch die Gewässersituation weiter verschlechtert wird. Durch weitere Entnahmen wäre die Aufrechterhaltung der notwendigen Abflussmenge zur Sicherstellung der Mindestwasserführung zusätzlich erschwert. Allein die sofortige Umsetzung der hier getroffenen Maßnahmen ermöglicht den jetzt gebotenen und erforderlichen Schutz der Lippe.

#### **Hinweis:**

Die Einhaltung der Untersagung der Wasserentnahme wird überwacht. Auf die Bußgeldvorschrift des § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG wird hingewiesen. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Allgemeinverfügung kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,- € geahndet werden.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim **Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden** Postanschrift: **Postfach 32 40, 32389 Minden** schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin/des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die technischen Rahmenbedingungen für die Übermittlung und die Eignung zur Bearbeitung durch das Gericht bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden. Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 VwGO zur Verfügung steht. Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit

ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de)

Bezirksregierung Detmold  
Die Regierungspräsidentin  
-Obere Wasserbehörde-  
Im Auftrag  
gez.  
Rehsies

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.185

## **C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen**

**182**

### **Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung**

Polizeipräsidium Bielefeld

Bielefeld, den 16. Juni 2023

Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis

Das Polizeipräsidium Bielefeld stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Verfügung vom 12. Juni 2023, Aktenzeichen: ZA 12.1 - 5706.50-26/18, Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnisse) an Herrn Erdal Öztas, letzte bekannte Anschrift: Herforder Straße 109a, 33602 Bielefeld, gemäß § 10 LZG NRW öffentlich zu.

Wegen des unbekannten Aufenthalts der vorgenannten Person ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann beim Polizeipräsidium Bielefeld, Kurt-Schumacher-Straße 46, 33615 Bielefeld, in Raum 029, während der allgemeinen Dienstzeiten oder nach telefonischer Vereinbarung (05211545-3124) eingesehen werden.

Hinweis: Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 7 des LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit der Veröffentlichung der Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ab/auf Rechtsverluste drohen.

Polizeipräsidium Bielefeld

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.188

**183**

### **Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung**

Kreispolizeibehörde Herford

Herford, den 29. Juni 2023

Öffentliche Zustellung gemäß § 10 Absatz 1 Nr. 1 des Landeszustellungsgesetzes vom 07. März 2006 (GV.NRW. S. 94) das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV.NRW. S.762) geändert worden ist. Für Frau Justina Schwab geb. am 22.11.2001 letzte hier bekannte Anschrift: Windelsbleicher Straße 241b, 33659 Bielefeld kann ein Schriftstück der Kreispolizeibehörde Herford, Az.: ZA 1.1-14/23 vom 29.06.2023 aufgrund des unbekannten Aufenthalts nicht zugestellt werden. Sie wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse, unter Beachtung der allgemeinen Dienstzeiten sowie vorheriger telefonischer Terminvereinbarung unter 05221-888-1516, unverzüglich abzuholen.

Anschrift: Kreispolizeibehörde Herford, Dir. ZA 1.1, Raum 126, Hansastrasse 54, 32049 Herford  
Hinweis: Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 7 des Landeszustellungsgesetzes gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung beziehungsweise seit der Veröffentlichung der Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Kreispolizeibehörde Herford

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.188

**184**

### **Landesverband Lippe; hier: Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2023**

HAUSHALTSSATZUNG

DES LANDESVERBANDES LIPPE FÜR DAS HAUSHALTSSJAHR 2023

Aufgrund der §§ 10,11 und 12 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 (SGV.NW. 2021, GV.NW. 1949 S. 269 ff., GS.NW.S. 206), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 01.12.2021 (GV.NRW, S. 1346), i. V. m. §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) in der derzeit geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe mit Beschluss vom 22.03.2023 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023, der die für Erfüllung der Aufgaben des Landesverbandes

Lippe voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge  
25.407.702 EUR

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen  
29.024.718 EUR

im Finanzplan mit  
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus  
der laufenden Verwaltungstätigkeit  
26.757.817 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus  
der laufenden Verwaltungstätigkeit  
29.438.870 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus  
der Investitionstätigkeit  
10.699.867 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus  
der Investitionstätigkeit  
15.841.039 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen  
aus der Finanzierungstätigkeit  
9.020.000 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen  
aus der Finanzierungstätigkeit  
1.176.600 EUR

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2023 erforderlich ist, wird auf 4.650.000 EUR festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 4.857.581 EUR festgesetzt.

## § 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 3.617.016 EUR festgesetzt.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch aufgenommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 € festgesetzt.

## § 6

entfällt

## § 7

Für die Haushaltsjahre 2023 bis 2031 finden die Regelungen aus § 11a, Absätze 2 bis 4 des Gesetzes über den Landesverband Lippe zum Zukunftskonzept, das an die Stelle des Haushaltssicherungskonzeptes tritt, Anwendung.

Im Haushaltsjahr 2023 plant der Landesverband Lippe, nach § 11a Absatz 4 des Gesetzes über den Landesverband Lippe zum summenmäßigen Ausgleich der nicht durch Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit abgedeckten Spitze der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, zur Leistung von festvereinbarten Tilgungen sowie zur anfänglichen beziehungsweise laufenden, zeitlich und in der Höhe begrenzten Finanzierung von Maßnahmen des Zukunftskonzeptes

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung von 2.500.000 Euro, Einzahlungen aus der Veräußerung von zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigten Anlagevermögens von 1.276.000 Euro heranzuziehen.

Fehlbetrag	-2.585.753 €	Rechtsgrundlage LVL-G
Kreditaufnahme Liquiditätssicherung	+2.500.000 €	§ 11 a Abs. 4 S. 1
Tilgungen Investitionskredite	0 €	§ 11 a Abs. 4 S. 2
Tilgungen Liquiditätskredite	0 €	§ 11 a Abs. 4 S. 2
Finanzierung Zukunftsprojekte	0 €	§ 11 a Abs. 4 S. 2
Veräußerung Anlagevermögen	+1.276.000 €	§ 11 a Abs. 4 S. 3
Ergebnis laut LVL-Gesetz:	1.190.247 €	

Im Zukunftskonzept erreicht der Landesverband Lippe den Haushaltsausgleich gemäß § 75 Absatz 2 Satz 1 und 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch im zehnten Jahr. Die im Zukunftskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen. Nach aktueller Einschätzung unter Berücksichtigung aller fundierten Annahmen gehen wir

mit unserem Zukunftskonzept von einem Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2028 aus.

## § 8

Bestimmungen über Deckungsfähigkeit und Deckungsvermerke

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung können Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen zu Budgets verbunden werden. Für jedes Produkt wird ein Budget gebildet. In den Budgets ist die Summe der Erträge/Einzahlungen und die Summe der Aufwendungen/Auszahlungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Innerhalb der Budgets sind die Sachkosten mit Ausnahme der Sachkosten in den Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig.

In den Sonderbudgets für den Gesamthaushalt (ohne Produkt 50300/Weserrenaissance-Museum)

Bauunterhaltung  
Gebäudebewirtschaftung  
Pflege der Außenanlagen  
Personalkosten  
Beihilfen  
Versorgungsleistungen

sind alle Aufwendungen/Auszahlungen gegenseitig deckungsfähig.

Zweckgebundene Mehrerträge/Mehreinzahlungen können für entsprechende zweckgebundene Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen verwendet werden. Dies gilt auch für Ein- und Auszahlungen für Investitionen. Die Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen gelten nicht als überplanmäßige oder außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen.

Stehen Aufwendungen/Auszahlungen zweckgebundene Erträge/Einzahlungen, insbesondere Zuweisungen des Landes, gegenüber, dürfen die Aufwendungen/Auszahlungen erst dann geleistet werden, wenn die Erträge/der Eingang der Einzahlungen rechtlich und tatsächlich gesichert sind.

## § 9

Die Verbandsversammlung entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit § 14 Ziff. 5 und 6 der Satzung des Landesverbandes, soweit sie erheblich sind.

Über – oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie den Betrag von 25.000 EUR bei einem Konto überschreiten.

Soweit es sich um über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen handelt, die

aufgrund gesetzlicher Regelung geleistet werden müssen, aufgrund ministerieller Erlasse oder Verfügungen geleistet werden müssen, aufgrund vertraglicher Regelung geleistet werden und diese vertragliche Regelung auf einem Beschluss der Verbandsversammlung oder einem Ausschussbeschluss mit Entscheidungsbefugnis beruht, durch zweckgebundene Mehreinnahmen gedeckt sind oder interne Verrechnungen darstellen, sind sie erheblich, wenn der Betrag von 50.000 EUR bei einem Konto überschritten wird.

Soweit es sich um über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen handelt, die im Zusammenhang mit gebundenen Sponsorengeldern oder Spenden stehen, sind diese erheblich, wenn der Aufwendungs- bzw. Zahlungsbetrag von 10.000 EUR bei einem Konto überschritten wird. Soweit nicht zweckgebundene Sponsorengelder oder Spenden verwendet werden sollen, sind diese ab einem Betrag von 1.000 EUR erheblich.

Sind die Aufwendungen und Auszahlungen unerheblich, wird die Genehmigung von der Verbandskammerin oder dem Verbandskammerer erteilt. Im Verhinderungsfall der Verbandskammerin bzw. des Verbandskammerers kann diese Entscheidungsbefugnis mit Zustimmung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers auf die allgemeine Vertreterin oder den allgemeinen Vertreter der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers übertragen werden. Sie/Er kann die Befugnis bis zu einer Haushaltsüberschreitung von bis zu 5.000 EUR je Konto auf die Abteilungsleitung für deren Zuständigkeitsbereich übertragen.

Die Genehmigungen sind der Verbandsversammlung vierteljährlich nachträglich zur Kenntnis zu bringen.

Schieder-Schwalenberg, den 07.06.2023  
Verbandsvorsteher

Schieder-Schwalenberg, den 07.06.2023  
Mitglied der Verbandsversammlung

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat die von der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe am 07.06.2023 beschlossene Nachtragssatzung zum Haushaltsplan 2023 mit Erlass vom 26.06.2023 - Az.: 304-48.13.03/01 - 1241/23-genehmigt.

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.188

**185****Westfalen Tarif GmbH,  
hier: Änderung des Westfalen Tarifs zum  
01.08.2023**

Bielefeld, den 05. Juli 2023

Die Westfalen Tarif GmbH hat einen Tarifantrag zur Änderung der Beförderungsentgelte und der Tarifbestimmungen im Tarifgebiet des Westfalen Tarifes bei der Bezirksregierung Detmold zum 01.08.2023 gestellt. Diesem Antrag hat die Bezirksregierung Detmold am 04.07.2023 (Aktenzeichen: 25.11.7-008) gemäß §§ 45 Abs. 2, 39 Abs. 1, 2 und 6 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und § 12 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) zugestimmt. Der geänderte Tarif wird auf der Website [www.westfalentarif.de](http://www.westfalentarif.de) öffentlich bekanntgemacht.

Westfalen Tarif GmbH  
gez. Dr. Oliver Mietzsch,  
Geschäftsführer

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.191

**186****Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde**

Herford, den 28. Juni 2023

Da die Sparkassenurkunde Nr.3 200 169 518 ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, aufgrund unseres Aufgebots vom 28.03.2023 nicht vorgelegt wurde, wird sie für kraftlos erklärt.

Sparkasse im Kreis Herford  
Der Vorstand

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.191

**187****Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde**

Herford, den 03. Juli 2023

Da die Sparkassenurkunde Nr. 3 140 068 655, ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, aufgrund unseres Aufgebots vom 03.04.2023 nicht vorgelegt wurde, wird sie für kraftlos erklärt.

Sparkasse im Kreis Herford  
Der Vorstand

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.191

**188****Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde**

Herford, den 04. Juli 2023

Da die Sparkassenurkunde Nr. 3 000 082 028 ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, aufgrund unseres Aufgebots vom 03.04.2023 nicht vorgelegt wurde, wird sie für kraftlos erklärt.

Sparkasse im Kreis Herford  
Der Vorstand

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.191

**189****Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde**

Herford, den 04. Juli 2023

Da die Sparkassenurkunde Nr.3 240 127 955, ausgestellt von der Sparkasse Herford als Rechtsnachfolger der ehemaligen Kreissparkasse Herford und Stadtparkasse Herford, aufgrund unseres Aufgebots vom 31.03.2023 nicht vorgelegt wurde, wird sie für kraftlos erklärt.

Sparkasse im Kreis Herford  
Der Vorstand

Abl. Bez. Reg. Dt 2023 S.191

---

Gebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 2,50 € – Bezugsgebühren: jährlich 20,45 €  
Einzelpreis des Öffentlichen Anzeigers 0,51 €

Bezug und Lieferung des Amtsblattes durch  
die Bezirksregierung Detmold  
Leopoldstr.15, 32756 Detmold,  
Email: [amtsblatt@brdt.nrw.de](mailto:amtsblatt@brdt.nrw.de)

Erscheint wöchentlich  
Redaktionsschluss: Dienstag der Vorwoche 12.00 Uhr

Abonnementsbestellungen und -kündigungen wie folgt:  
Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.  
Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.  
Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Detmold